

Zur Verharmlosung  
kommunistischer Relikte

## SPD/PDS zwischen Dichtung und Wahrheit

Harald Bergsdorf

In den jungen Bundesländern hat die SPD es schwer: In Thüringen und Sachsen rangiert die Partei in der Wählergunst inzwischen sogar hinter der PDS. Gerade deshalb meinen weite Teile der SPD, mit der PDS zusammenarbeiten zu müssen. Vor allem drückt sich die SPD-Führung vor der schwierigen Aufgabe, die „Neo-SED“ klar zu bekämpfen und PDS-Wähler deutlich zu umwerben. Stattdessen versuchen SPD und PDS derzeit, ein geistiges Klima zu schaffen, das für eine Zusammenarbeit der beiden Parteien günstig ist (vergleiche Viola Neu, *Die Politische Meinung* 8/2000, und Manfred Wilke, *Die Politische Meinung* 4/2001). Durch das Regierungsbündnis in Mecklenburg-Vorpommern gewinnt die PDS schon jetzt über den Bundesrat sogar direkt bundespolitischen Einfluss – entgegen den Bemerkungen Gerhard Schröders ist die Kollaboration von SPD und PDS deswegen auch keine reine Landes-Angelegenheit.

### Die Steigbügelhalter

Es ist schon ein einmaliger Vorgang in der Geschichte der Bundesrepublik oberhalb der kommunalen Ebene: Um Ministerpräsidenten-Posten zu erringen (in Sachsen-Anhalt 1994 sogar als nur zweitstärkste Partei hinter der CDU) und damit wichtige Gestaltungschancen zu gewinnen, betätigt sich eine verfassungstreue Partei als Steigbügelhalter einer extremistischen Partei, die der Verfassungsschutz beobachtet und beobachten muss. Wesentlich ist: Die SPD-Kollaboration mit

der PDS hat dazu beigetragen, die PDS zu verharmlosen und weiter zu maskieren.

Neben der SPD fördern insbesondere auch wichtige Medienorgane die PDS: Kaum ein Politiker kann sich in Deutschland so häufig im Fernsehen darstellen wie der PDS-Vormann Gregor Gysi. Seine Medienpräsenz ist kaum zu überbieten. Einige Medienorgane hofieren die PDS und vor allem Gregor Gysi seit Jahren. Zum Beispiel besuchte Gysi die Diskussionsrunde von Sabine Christiansen bereits viermal. Mit insgesamt fünfzehn Auftritten war er geradezu Stammgast in „Talk im Turm“: Niemand diskutierte häufiger mit Erich Böhme in dieser Sendung. Als die Sendung eines Tages abgesetzt wurde, befand PDS-Sprecher Harnisch sogar: „Ich hätte es gut gefunden, wenn Gysi die Sendung gleich übernommen hätte.“ Gysi ist auch der einzige deutsche Politiker, der sich zweimal auf dem „Heißen Stuhl“ von RTL präsentieren durfte. Mittlerweile kann der PDS-Star sogar wählen, in welcher Talkshow er auftritt und welcher nicht. Dazu erklärt sein Sprecher: „Inzwischen lehne ich schon mal Anfragen ab, wenn das Thema oder das Umfeld nicht passt. Das hätte ich vor ein paar Jahren noch nicht gemacht.“

Kaum zumutbar sei es für Gysi insbesondere, laut Harnisch, mit Bürgerrechtlern und Stasi-Opfern wie Bärbel Bohley oder der Bundestagsabgeordneten Vera Lengsfeld (CDU; bis 1996: Grüne) öffentlich zu diskutieren: „Mit denen muss man Gysi nicht in eine Show sperren“, weil das „doch unappetitlich“ sei. Hinzu kommt:

Die Mehrzahl der Medien schont die PDS, wie vor allem qualitative Medieninhaltsanalysen der Konrad-Adenauer-Stiftung herausgearbeitet haben. Vor allem die politischen Inhalte der PDS untersuchen Journalisten viel seltener und weniger gründlich als jene der anderen Parteien – insbesondere seit die SPD mit der PDS in Sachsen-Anhalt kollaboriert. So befindet Ulrich Wickert, die DDR sei lediglich ein „autoritärer Staat“ gewesen. Oft vergessen, beschönigen oder unterschlagen Beobachter, woher die PDS kommt, was sie für eine Partei ist und wohin sie will.

Vor allem versucht die PDS selbst, vieles zu verschleiern, zum Beispiel, dass sich die alte SED nie aufgelöst, sondern 1989/90 lediglich in PDS umbenannt hat; damit war es möglich, volle Kassen und Konten ebenso mitzunehmen wie einen umfangreichen Parteiapparat. In der Partei, die an hessischen Schulen fordert, Drogen zu legalisieren (*Bonner Rundschau*, 3. Februar 2001), wirkt an herausgehobener Position Hans Modrow, der Ehrenvorsitzende der Neo-SED, der immerhin rechtskräftig als Wahlfälscher verurteilt ist. Zwar unterscheidet sich die Mitgliederstruktur der PDS erheblich von jener der SED – auch Gregor Gysi betont gerne, nur fünf Prozent der SED-Mitglieder seien heute in der PDS. Dabei unterschlägt er aber üblicherweise, dass neunzig Prozent der PDS-Mitglieder in der SED waren, dass in der PDS sogar – nach dem Abfluss vieler Mitläufer und Opportunisten aus der DDR-Zeit – der harte Kern der SED überwintert, der insbesondere in den ehemaligen Bezirkshauptstädten wohnt.

### „Außerparlamentarischer Widerstand“

Wie distanziert die PDS unserer primär repräsentativen Demokratie gegenübersteht, betont sie mit dem Satz, der „außerparlamentarische Widerstand“ sei ihr am wichtigsten. Die PDS beschönigt

und unterstützt gewalttätige Demonstrationen. Ähnlich wie die REP moniert Gysi zugleich, die Bundesrepublik habe einen „totalitären Machtanspruch“. Das Grundrecht auf Arbeit, das die PDS fordert, kann kein freiheitliches Gemeinwesen erfüllen und ersetzt in der Sozialen Marktwirtschaft vor allem nicht die Bemühungen „der“ Politik und Tarifpartner, das Investitionsklima in Deutschland zu verbessern. Die Soziale Marktwirtschaft wird indes von der PDS gerne als „Kapitalismus“ diffamiert – sie unterschlägt dabei, dass die Staatsquote in Deutschland derzeit bei rund fünfzig Prozent liegt, dass also rund fünfzig Prozent dessen, was die Menschen offiziell erwirtschaften, staatlich umverteilt wird. Ohnehin ist unser Steuersystem im Ziel und Ergebnis stark progressiv ausgerichtet: Die Höherverdienenden entrichten den Löwenanteil des Steueraufkommens! Vor dem skizzierten Hintergrund warnt das Bundesverfassungsgericht bereits davor, eine faktische Belastung privater Einkommen und Vermögen über fünfzig Prozent missachte das „Übermaßverbot“. Schließlich ist ein Drittel der Bundesausgaben für sozialpolitische Zwecke bestimmt. Gerade auch deswegen bevorzugen viele Zuwanderer die Bundesrepublik.

Die PDS diffamiert insbesondere die bisherigen Aufbauenerfolge in Ostdeutschland als „unsozial, unwirtschaftlich“ und sogar „undemokratisch“ – frei nach der Devise „Angriff ist die beste Verteidigung“. Bei alledem verschweigt die Partei gerne, wie stark alle Beteiligten die Infrastruktur modernisiert, Umweltschäden reduziert und die Lebensbedingungen für Behinderte ebenso verbessert haben wie die Versorgung von Kranken. Zudem ist es gelungen, die Konkurrenzfähigkeit vieler Betriebe deutlich zu erhöhen, wodurch viele sichere Arbeitsplätze entstanden sind. Vor allem will die PDS vergessen machen, dass die alte SED für das ökologische und wirtschaftliche Desaster in

der DDR 1990 verantwortlich war. Die Neo-SED unterschlägt gemeinhin, dass deutlich mehr Ehepaare in Ostdeutschland als im Westen immerhin doppelte Renten beziehen, weil viele Frauen in der DDR materiell gezwungen waren, einer Erwerbsarbeit nachzugehen. Die SED nutzte dabei die Chance, Frauen auch in den Betrieben und insbesondere die Kinder in den Krippen zu indoktrinieren und kontrollieren. Verschwiegen wird auch, dass die Frauenerwerbsquote in Ostdeutschland bis heute höher ist als in Westdeutschland und dass der Lebensstandard der meisten Ostdeutschen heute wesentlich höher ist als vor 1990. In ihrem *Rostocker Manifest* beklagt die PDS heute im Übrigen einerseits hohe Konkurse unter ostdeutschen Betrieben, fordert andererseits (um das Arbeitsvolumen anders zu verteilen statt es zu erhöhen) aber Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich.

### Haltung zur DDR-Geschichte

Überdies fordert die PDS, die Geschichte der DDR sei „sachlich, differenziert“ zu erörtern. Was die PDS allerdings darunter versteht, enthüllen gerade auch zahlreiche Verfassungsschutzberichte. So beklagte Bisky, die Niederschlagung des ersten Volksaufstandes im Ostblock am 17. Juni 1953 in der DDR sei illegitim gewesen, um kurze Zeit später Ulbricht als „großen Staatsmann“ zu loben. In SED-Manier verteidigt eine andere PDS-Spitzenfunktionärin die Berliner Mauer als „Maßnahme zur Grenzbefestigung [...] die dem lästigen Einwirken des feindlichen Nachbarn ein (längst überfälliges) Ende“ gesetzt habe. Um von der eigenen Demagogie und Agitation abzulenken, distanzieren sich PDS-Spitzenfunktionäre gelegentlich, wie derzeit, von der DDR, die ein „Unrechtsstaat“ gewesen sei – auch die REP bekunden mitunter, das „Dritte Reich“ sei ein „Unrechtsstaat“ gewesen, den sie aber vielfach beschönigen.

Die Wiedervereinigung diffamiert die PDS als „Anschluss“ – und insinuiert damit Parallelen zur Politik Hitlers 1938 gegenüber Österreich.

Ähnlich wie rechtsextremistische Parteien zielt die PDS außerdem in Wort und Tat darauf, den Verfassungsschutz abzuwerten („neue Stasi“) – gleichzeitig klagt die PDS gern über Rechtsextremismus, aus dem sie allerdings viel politischen Honig saugt, um die eigene Existenz zu legitimieren. Dabei diffamiert vor allem die PDS (ähnlich wie die SED in der DDR-Zeit) fast alle politischen Gegner als zumindest tendenziell „rechtsextremistisch“. Mit dem Ziel, möglicherweise noch stärker von Rechtsextremismus zu profitieren, fordert die PDS auch eine letztlich grenzenlose Zuwanderung nach Deutschland. Allerdings: Rund 23 Prozent derer, die 1998 in Sachsen-Anhalt der rechtsextremistischen DVU ihre Zweitstimme gaben, wählten mit der Erststimme die PDS, wobei die ferngesteuerte Briefkasten-Partei DVU bezeichnenderweise keine Wahlkreis-Kandidaten aufgestellt hatte.

Ähnlich wie rechtsextremistische Parteien, die beide deutschen Diktaturen beschönigen, in denen es vor allem keine Arbeitslosigkeit gegeben habe und kaum Kriminalität, verharmlost auch die PDS Diktaturen: Zwar gab es in der DDR offiziell keine Arbeitslosigkeit, aber es existierten auch kaum wettbewerbsfähige Arbeitsplätze (analog loben Rechtsextremisten und auch das Mitglied der PDS-Bundestagsfraktion Täve Schur gerne die Arbeitsbeschaffung Hitlers – Autobahnbau und Aufrüstung – die vor allem darauf zielten, den Eroberungskrieg und millionenfachen Judenmord vorzubereiten). Dass es in beiden Diktaturen kaum Kriminalität gab, ist wenig erstaunlich in einem totalitären Staat. Außerdem betont die Partei Gysis statt des massenhaften Judenmordes die kommunistischen Opfer des „Faschismus“. Diesen nennt sie

selten „Nationalsozialismus“, um möglichst keine Parallelen zwischen beiden Diktaturen zu enthüllen. Die DDR war für die PDS vor allem lediglich ein „Sozialismus-Versuch“ – ein Versuch, der die Lebenschancen vieler Menschen zerstörte und viele Menschen auch physisch vernichtete. Gescheitert sei die DDR ohnehin lediglich deshalb, weil einige Führungsfiguren versagt hätten. Der Idealkommunismus sei etwas ganz anderes als der Realkommunismus; der Kommunismus in der DDR sei eine gute Idee gewesen, die nur schlecht ausgeführt wurde. Zudem sei die politische Umwelt der DDR, der „kapitalistische“ Westen, mitverantwortlich für den Niedergang des SED-Staates.

### Glorifizierung und Verurteilung

Die PDS glorifiziert überdies bis heute Lenin und die Oktoberrevolution von 1917, als die Kommunisten in Russland begannen, Massenmorde zu verüben, und damit einen autoritären Polizeistaat durch eine totalitäre Diktatur ersetzten. Heinrich August Winkler hat auf die Demagogie hingewiesen, mit der die PDS auch über die Geschichte ihres Steigbügelhalters, der SPD, urteilt. So moniert die Partei Gysis unter anderem, die SPD habe bei der Reichspräsidentenwahl 1932 zur Wahl Hindenburgs aufgerufen. Winkler muss deshalb daran erinnern, dass Hindenburg bereits 1925 unter anderem deswegen zum Reichspräsidenten gewählt wurde, weil die KPD im zweiten Wahlgang an der chancenlosen Kandidatur des KPD-Mannes Thälmann festgehalten hatte und damit half, den Wahlsieg des Kandidaten der Mitte, Wilhelm Marx, zu verhindern. 1932 wiederum hatten die SPD-Wähler letztlich zu entscheiden zwischen Hitler und Hindenburg, der sich später immerhin lange wehrte, Hitler zum Reichskanzler zu ernennen. Nur Hindenburg hatte 1932 realistische Chancen, Hitler zu besiegen. Die PDS beklagt,

die SPD habe 1918/19 die „Revolution“ verraten. Dabei verschweigt sie allerdings, dass die Errichtung einer kommunistischen Diktatur mit den Zielen der SPD unvereinbar war. Insgesamt versucht die PDS darüber hinwegzutäuschen, wie stark die KPD dazu beigetragen hat, die Weimarer Republik zu zerstören und damit den Aufstieg Hitlers zu ermöglichen.

### Die Rolle der Blockparteien

Ihre heutige Zusammenarbeit mit der PDS versucht die SPD mit Hinweisen zu legitimieren, die CDU habe nach 1989 Blockparteien aufgesaugt. Tatsächlich konnte die CDU anders als die SPD in Ostdeutschland organisatorisch von einer bestehenden Partei, der Ost-CDU, profitieren; einer Partei, von der sich die CDU bis 1989 ferngehalten hatte. Die SPD dagegen pflegte als Oppositionspartei zeitweise engste Kontakte zur SED, während Helmut Kohl 1987 als Regierungschef in seiner Rede zum Honecker-Besuch in Bonn staatlich begangene Menschenrechtsverletzungen in der DDR anprangerte, auf das Wiedervereinigungsgebot pochte und politische Selbstbestimmung der Menschen in der DDR forderte. Wichtig dabei: Der Bundeskanzler (der seit 1982 den normativen Abstand zur DDR verstärkt hatte und dem es gleichzeitig gelang, ein Mehr an menschlichen Erleichterungen zu erreichen) hatte vor dem Arbeitsbesuch – als *conditio sine qua non* des Besuchs – gefordert, dass seine Rede im DDR-Fernsehen übertragen würde, was deswegen auch geschah. Vor allem wirkten, entgegen SPD-Unterstellungen, in den wichtigsten Staatsorganen der DDR, dem Politbüro und dem Zentralkomitee, nur SED-Funktionäre, aber keine Funktionäre der Blockparteien. Ohnehin war die führende Rolle der SED in der DDR-Verfassung festgeschrieben – und wurde in der lebenden Verfassung auch praktiziert. Im Übrigen hatte die

SED die Blockparteien nach dem Krieg mit „Verführung und Gewalt“ (Hans Ulrich Thamer) erst zu solchen gemacht. Die Volkskammer sollte dagegen Parteienpluralismus lediglich suggerieren.

Im Unterschied zur SPD hat sich die CDU Deutschlands (ebenso wie die CSU) stets klar sowohl von der linksextremistischen PDS als auch von Parteien wie den rechtsextremistischen REP distanziert. Mehr noch: Ihre verbale Distanz zu den REP hat die CDU in Baden-Württemberg 1992 nach der Wahl durch politisches Handeln besonders deutlich unterstrichen, als sie es nach der Landtagswahl kategorisch ablehnte, mit den REP eine „kleine“ Koalition zu bilden, mit den Grünen immerhin kurz verhandelte, schließlich aber eine Große Koalition mit der SPD einging und damit von Anfang an die eigenen Personal- und Programmvor schläge grundsätzlich weniger umfassend durchsetzen konnte als in einer „kleinen“ Koalition – und insofern auch im Bundesrat weniger durchsetzungsfähig war. Anders als die CDU praktiziert die SPD keine Äquidistanz zu extremistischen Parteien und verletzt damit den demokratischen Grundkonsens, der eine solide Basis bietet, um tagespolitischen Streit und Wettbewerb durchaus hart, aber fair auszutragen.

### Diktum der Unvergleichbarkeit

Weil die SPD aus reinem Machtkalkül mit der PDS kollaboriert, wehren sich weite Teile der Partei Kurt Schumachers heute vehement gegen Vergleiche von Kommunismus und Nationalsozialismus. Ohnehin meint die PDS, die „Verbrechen des deutschen Faschismus“ seien unvergleichbar. (Andererseits unterstellt die kommunistische Ideologie, der „Faschismus“ sei lediglich das letzte Stadium des „Kapitalismus“ – und damit die Vorstufe des Kommunismus.) Doch gerade um das Besondere des Nationalsozialismus und Kommunismus herauszuarbeiten, ist es

erforderlich, auch zu vergleichen, zumal wirkliche Vergleiche entgegen weit verbreiteten Missverständnissen oder gar Irreführungen keine Gleichsetzungen bedeuten (Gleichsetzungen von Kommunismus und Nationalsozialismus wären selbstverständlich wirklich absurd). Wer sich aber mit Hinweisen auf die Verbrechen Hitlers weigert, die Verbrechen des Kommunismus aufzudecken, da erstere andernfalls verharmlost würden, provoziert Widerspruch: „Eine ärgere Instrumentalisierung des Holocaust ist kaum denkbar. Der Judenmord als Argument gegen die Aufarbeitung der Verbrechen kommunistischer Regime: Es fällt schwer, dieses Denkmuster nicht zynisch zu nennen. Apologetisch ist es allemal. [...] Und will man es ernsthaft als entlastenden Faktor bewerten, dass kommunistische Regime, die ein gewisses Alter erreicht hatten, auf den offen totalitären Massenterror verzichten konnten, nachdem der Zweck, die Unterwerfung der Menschen, weitgehend erreicht war?“ (Heinrich-August Winkler).

Versuche, Vergleiche zwischen Nationalsozialismus und Kommunismus generell zu diskreditieren, sollen Letzterem nützen. Dabei gilt gleichsam: „Du sollst kein Jahrhundertverbrechen neben mir haben. [...] So rückt die Vernichtung der Juden in die Nähe einer negativen Sinnstiftung“ (Stefan Reinecke). Winkler bilanziert: „Eine solche ‚Holocaustfixierung‘ ist von negativem Nationalismus kaum mehr zu unterscheiden und nicht minder pseudoreligiös als ‚echter‘ Nationalismus.“ Im Übrigen werden große Verbrechen eben keineswegs beschönigt, werden sie mehrfach begangen. Die Massenverbrechen der einen Diktatur dürfen keinesfalls genutzt werden, um jene der anderen zu verharmlosen. Die Tabuisierung von Vergleichen des Kommunismus mit dem Nationalsozialismus bezeichnete François Furet als den größten Triumph des Kommunismus. Davon profi-

tiert in Deutschland heute vor allem die PDS. Welches Ausmaß an Verbrechen kommunistische Diktaturen begangen haben, unterstreicht das *Schwarzbuch des Kommunismus*, das in Deutschland insbesondere Horst Möller analysiert hat.

Weil fast alle Autoren des *Schwarzbuches* ehemalige Maoisten sind, mussten sie sich rasch, fast wie bei einem Pawlowschen Reflex, diverse Vorwürfe anhören, das Buch mit Renegateineifer geschrieben zu haben. Gegner des Buches verunglimpften vor allem dessen Herausgeber, Stéphane Courtois, besonders rüde. Bis heute üben sich Apologeten und Negationisten nicht nur des Nationalsozialismus, sondern auch des Kommunismus in der Kunst des feinen Weghörens und -sehens, wie Hans Maier formuliert. Doch bereits 1940 berichtete der ehemalige Kommunist Arthur Koestler aus eigener Erfahrung über kommunistische Massenverbrechen der dreißiger Jahre; Hannah Arendt veröffentlichte 1951 ihre Schrift über kommunistische und nationalsozialistische Herrschaft, die sie als *totalitäre* Diktaturen kennzeichnete; Solschenykin enthüllte 1974 in seinem Werk über den *Archipel Gulag* kommunistische Massenmorde und andere Verbrechen gegen die Menschlichkeit (Kommunisten und deren Helfer diffamierten Alexander Solschenykin deswegen systematisch).

### „Opium für Intellektuelle“

Bis heute wirkt der Kommunismus vielfach als „Opium für Intellektuelle“ (Raymond Aron). Einige Kommunisten befreiten sich allerdings von dieser Sucht, als sowjetische Panzer (meist kommunistische) Aufständische niederwalzten und sich der Kommunismus als ebenfalls „imperialistisch“ erwies, so im Koreakrieg 1950 oder in Afghanistan 1979/80. Doch Jean-Paul Sartre meinte, anders als und im Widerstreit mit Albert Camus, jegliche Kritik am Kommunismus nütze

dem „Faschismus“ beziehungsweise „Kapitalismus“ und sei deshalb zu unterdrücken – unabhängig davon, ob diese Kritik begründet sei oder nicht; heute fordern Gegner des *Schwarzbuches des Kommunismus* ein „Schwarzbuch des Kapitalismus“ und wollen zudem mit dem beinahe stereotypen Hinweis von kommunistischen Verbrechen ablenken, das *Schwarzbuch des Kommunismus* könne rechtsextremistischen Demagogen helfen.

Das Verdienst des *Schwarzbuches des Kommunismus* besteht insbesondere darin, erstmals nach der Öffnung wichtiger Archive in der Sowjetunion eine umfassende Bilanz der kommunistischen Verbrechen in der gesamten Welt zu präsentieren – vor allem zirka einhundert Millionen Morde; dabei ist zu berücksichtigen, dass der Kommunismus längere Zeit herrschte als der Nationalsozialismus. Die große Mehrzahl der Opfer des Kommunismus waren Bauern und Arbeiter; der sowjetische Terror gegen Polen, Balten, Moldawier, Ukrainer, Tschetschenen, Tataren und Kulaken, denen Stalin (in Hitlerscher Manier) das Menschsein absprach, lässt sich als rassistisch kennzeichnen. Die Autoren des *Schwarzbuches* erhärten vor allem die These, dass kommunistische und nationalsozialistische Massenverbrechen zwar nicht identische, aber vergleichbare Qualität haben, dass auch der Kommunismus (neben Demagogie) von Anfang an gerade auch auf Verbrechen setzte, dass systematische Verbrechen ein Wesensmerkmal auch des Kommunismus darstellen. Daran kann es keine begründeten Zweifel geben.

Wer hier einwendet, der Kommunismus sei doch anders als der Nationalsozialismus von guten Idealen ausgegangen, muss sich zu Recht vorhalten lassen, den Kommunismus zu verharmlosen, zumal zu fragen ist, warum diese angeblich guten Ziele niemals und nirgendwo verwirklicht wurden. Dazu hat Raymond

Aron bemerkt: „Wer ein Regime, das Konzentrationslager einrichtet und eine politische Polizei unterhält, die jene des Zaren weit übertrifft, als Station auf dem Weg zur Befreiung der Menschheit betrachtet, der verlässt die Grenzen selbst der für Intellektuelle noch erträglichen Idiotie.“ Insbesondere lassen sich die einzelnen Opfer und deren Angehörige wohl kaum mit Hinweisen trösten, es habe doch im Kommunismus gute Ursprungsziele gegeben. Erstaunlich ist allerdings, wie wenig eher „linke“ Autoren bereit sind, diese Perspektive von unten – aus der Sicht der Opfer – zu wählen, die sie sonst gerne fordern und einnehmen. Auch darf die Tatsache, dass die Diktatur Stalins opferreich daran beteiligt war, die Hitler-Diktatur zu zerschlagen, keineswegs darüber hinwegtäuschen, dass „Antifaschismus“ keine Verbrechen gegen die Menschlichkeit rechtfertigt, dass auch Stalin ein Diktator war, der zeitweise eng mit dem Diktator Hitler zusammenarbeitete, dass Stalin weniger „Antifaschist“ war, sondern vielmehr Imperialist, und dass Stalin mehr deutsche Kommunisten ermorden ließ als Hitler.

Die PDS (und auch die SPD) profitiert heute insbesondere davon, dass der Kommunismus lange Zeit kaum gründlich erforscht beziehungsweise öffentlich diskutiert wurde, wohingegen der Nationalsozialismus vor allem seit Kriegsende sorgfältig und umfassend analysiert wird. Eine stärkere Auseinandersetzung nicht nur mit dem Nationalsozialismus, sondern auch mit dem Kommunismus kann dazu beitragen, den antiextremistischen, antitotalitären Grundkonsens zu stärken beziehungsweise wiederzubeleben. Deswegen sind das *Schwarzbuch des Kommunismus* und die öffentliche Debatte darüber auch so wichtig. Dabei ist es we-

sentlich, auch Legenden entgegenzuwirken, wonach der Kommunismus erst unter Stalin entartet und pervertiert sei. Denn erstens beging schon Lenin Massenverbrechen – bereits Marx forderte, den Kommunismus durchaus auch gewaltsam durchzusetzen; zweitens zeigt eine differenzierte Bilanz, dass Massenverbrechen keine Entartung, kein Betriebsunfall des Kommunismus sind, sondern ein Wesensmerkmal.

Allerdings wirkte die sowjetische Entstalinisierung durchaus ambivalent: Einerseits verstärkte sie die Glaubwürdigkeit jener, die kommunistische Massenverbrechen enttarnt wissen wollten; denn nun waren es die Nachfolger Stalins, die sogar selbst zugaben, in der Sowjetunion habe es staatlich verordnete Verbrechen gegeben. Andererseits mehrten sich Hoffnungen, der Kommunismus sei gerade auf Grund der Entstalinisierung reformfähig. Erneut wucherten Illusionen über einen menschlichen Kommunismus – heute zielt die PDS, nach eigenen Angaben, auf einen „demokratischen Kommunismus“, der Timothy Garton Ash an einen „gebratenen Schneeball“ erinnert.

Wesentlich ist es, den Kommunismus mit denselben politisch-historischen Maßstäben zu messen wie den Nationalsozialismus, ohne zu beschönigen oder Ungleiches gleichzusetzen. In Polen jedenfalls findet sich heute in der Verfassung des Landes ein Artikel (13), wonach Parteien verboten sind, die an kommunistische oder nationalsozialistische Programme oder Methoden anknüpfen. Dem widersetzt sich nicht einmal die Partei des Staatspräsidenten, die sich allerdings „sozialdemokratisieren“ konnte, weil es in Polen nach dem Zusammenbruch der Diktatur keine sozialdemokratische Partei gab.